

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Jugendhilfeausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 2600/2019

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Bericht über das Projekt „ASchubi500“

Die Verwaltung informiert mit der vorliegenden Drucksache über den Verlauf und die Ergebnisse des Projekts „ASchubi500“.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit richten sich generell an alle Geschlechter. Geschlechterdiversität und -sensibilität sollen in der Angebotsplanung der Kinder- und Jugendarbeit eine wesentliche Rolle spielen. Kinder und Jugendliche werden in ihren jeweiligen sozialen und kulturellen Hintergründen wahrgenommen. Es wird eine reflektierte Betrachtung der Kategorie „Geschlecht“ angestrebt. Es findet eine besondere Ansprache in Schrift, Wort und Methoden statt, die eine Ausgrenzung vermeidet.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Entstehung des Projektes „ASchubi500“

Hannover wurde 2015 als eine der 16 Referenzstädte des Bundesprojektes „Jugendgerechte Kommunen“ ausgewählt. Unter dem Motto „Jugend lebt Stadt – Hannover auf dem Weg zu einer jugendgerechten Kommune“ wurden unterschiedliche Themenfelder betrachtet und bearbeitet.

Auch der Lernort „Schule“ spielt mit den Themen Schüler*innenbeteiligung, politische Bildung, Demokratieerziehung und Schüler*innenselbstvertretung hier eine wichtige Rolle, so dass eine Verbindung und Vernetzung zu außerschulischen Beteiligungsformen und schulischer Beteiligung notwendig ist und angestrebt wurde.

Im Verlauf des Bundesprojekts wurde demnach im Herbst 2015 Kontakt zum Stadtschüler*innenrat aufgebaut, um den dort vertretenen Jugendlichen eine Zusammenarbeit anzubieten, das Projekt „Jugend lebt Stadt“ vorzustellen und um ggf. Themen zu verknüpfen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der gewählte Stadtschüler*innenrat jedoch die Arbeit nicht aufgenommen, es fanden keine Sitzungen statt und damit konnten

bis zum März 2017 auch keine Vertreter*innen für den Schul- und Bildungsausschuss benannt werden.

Das Dezernat IV hat den Fachbereich Jugend und Familie (Bereich Kinder- und Jugendarbeit) in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Schule (Bereich Schulmanagement) beauftragt Ideen zu erarbeiten, wie der Stadtschüler*innenrat wieder arbeitsfähig wird, wie er seine Mandate für den Schul- und Bildungsausschuss besetzen und wie eine nachhaltige Schüler*innenselbstvertretung gefördert werden kann.

In den Gesprächen und durch die Erfahrung aus den Beteiligungsprozessen im Rahmen von „Jugend lebt Stadt“ wurden drei Themenfelder sehr deutlich:

- I. Der Stadtschüler*innenrat braucht Unterstützung und möglichst eine Ansprechperson, der/die ihnen bei Fragen, für geplante Vorhaben und für Informationen zu Seite steht.
- II. Schüler*innenselbstvertretung muss gestärkt und gefördert werden. Dafür muss für Schüler*innen zum einen klar sein, welche Beteiligungsmöglichkeiten es gibt, wie diese in der Stadt Hannover aussehen und wie sich ein junger Mensch beteiligen und engagieren kann. Zum anderen muss erklärt werden, wie Kommunalpolitik überhaupt funktioniert (Stichwort: Demokratieerziehung und -bildung).
- III. Die beiden Schüler*innenvertretungen im Schul- und Bildungsausschuss sollten von weiteren Schüler*innen so gestärkt und unterstützt werden, dass sie ihr Mandat motiviert und mit Rückhalt aus der Schüler*innenschaft ausfüllen können.

Aus den Themenfeldern zwei und drei ist das Projekt „ASchubi500“ entstanden. Als Kooperationspartner*in konnte der Verein Politik zum Anfassen e.V. gewonnen werden, der das Projekt „ASchubi500“ entwickelt hat und durchführt“.

(Kurz-) Konzeption „ASchubi500“

Ziele:

1. Schüler*innen motivieren für und informieren über die Arbeit im Stadtschüler*innenrat,
2. Schüler*innen informieren über Beteiligungsmöglichkeiten,
3. Anbieten eines niedrigschwelligen Bildungsangebots (Was ist Kommunalpolitik? Wie funktioniert Kommunalpolitik in Hannover? Wer entscheidet mit? Und wie setzt sich der Rat zusammen, etc.),
4. Schaffen einer Plattform, damit Schüler*innenvertretungen sich gegenseitig kennenlernen und sich vernetzen können,
5. Vorstellen der Arbeit des Schul- und Bildungsausschuss,
6. gemeinsames Diskutieren von „echten“ Drucksachen und Themen, mit denen sich der Schul- und Bildungsausschuss auseinandersetzt,
7. Ermöglichen einer nachhaltigen und echten Schüler*innenbeteiligung an ihren Themen und Interessen,
8. Verknüpfung schulischer und außerschulischer Beteiligungsformen (u.a. „Jugend lebt Stadt“).

Inhaltlicher Rahmen:

Die zwei Schüler*innen, die sich bereit erklären, die Plätze im Schul- und Bildungsausschuss zu besetzen, werden in jeder Sitzung von einer zufällig gelosten Schulklasse begleitet, die sich auf 2-3 Anträge der jeweiligen Sitzung vorbereitet, dazu recherchiert und abstimmt. Schulen können sich bewerben und werden ausgelost. Die Schulklasse fungiert dann jeweils für zwei Sitzungen als Berater*in der beiden Schüler*innenvertreter*innen, dann wird wieder eine neue Klasse gelost. Im Rahmen ihrer Tätigkeit als Berater*innen werden die Schüler*innen der gelosten Klasse in vier Workshops begleitet und vorbereitet.

Zielgruppe:

Zielgruppe sind Schulklassen aller weiterführenden Schulen, die Interesse daran haben, die beiden festen Schüler*innenvertreter im Schul- und Bildungsausschuss zu unterstützen.

Umsetzung

Der Projektauftritt am 14.06.2017 fand im Hodlersaal des neuen Rathauses von Hannover mit über 60 Schüler*innen statt und wurde von verschiedenen Kommunalpolitiker*innen begleitet. Zwei Vertreter*innen für den Schul- und Bildungsausschuss konnten gefunden werden.

Das Projekt fand bisher in zwei Durchläufen in den Schulhalbjahren 2017/2018 und 2018/2019 mit jeweils eintägigen Veranstaltungen statt. Dabei wurden insgesamt 213 Schüler*innen aus verschiedenen Schulen (Gerhart-Hauptmann-Schule, Wilhelm-Raabe-Schule, Goetheschule, Ricarda-Hoch-Schule und BBS ME) erreicht. Die Veranstaltungen in den Schulen fanden jeweils in der Woche vor den Ausschussterminen statt.

Zwischen dem ersten Durchlauf und vor Beginn des zweiten Durchlaufs fand ein Auswertungsgespräch zwischen Verwaltung und dem Verein Politik zum Anfassen e.V. statt (vgl. Punkt Auswertung).

Pro Schulhalbjahr belaufen sich die Projektkosten auf ca. 4200 €, die bisher aus „Jugend lebt Stadt“ abgedeckt wurden (51.5). Damit können pro Schulhalbjahr fünf Ausschusssitzungen vorbereitet und begleitet werden.

Themen und Ideen der Schüler*innen

Nach den Einheiten der politischen Bildung an den Projekttagen in den Schulen wurden u.a. folgende Anträge von den Schüler*innen in ihren Klassen mit Expert*innen, Kommunalpolitiker*innen und mit den Schülervertreter*innen der Stadt Hannover diskutiert:

- Aktueller Stand Medienentwicklungsplan,
- Gymnasium Käthe-Kollwitz-Schule und Realschule Gerhart-Hauptmann-Schule, Einbau einer Cafeteria,
- Namensgebung für die IGS Mühlenberg,
- Zukunft der Hauptschulen, Realschulen und der Haupt- und Realschule in Hannover,
- Qualitätsoffensive Grundschulbetreuung,
- Konzept zur Umsetzung des Abiturs nach 13 Schuljahren am Gymnasium,
- Bericht Programmschwerpunkte der VHS im Wintersemester 2017/2018,
- Leitlinie für die Vergabe von Hallenzeiten in den städtischen Schulsporthallen,
- Ganztagsbetrieb für die Helene-Lange-Schule,
- Förderung einer Fachkraft für interkulturelle Bildungsarbeit an der IGS Kronsberg.

In den Veranstaltungen haben alle teilnehmenden Schüler*innen viele unterschiedliche Anträge diskutiert. Dabei haben sie über Vor- und Nachteile bestimmter Tagesordnungspunkte des Schul- und Bildungsausschusses der Landeshauptstadt Hannover gesprochen. Des Weiteren haben sich die Teilnehmenden Gedanken darüber gemacht, welche Voraussetzungen für diese Anträge erfüllt werden müssen. Im Zuge dessen haben sich die Schüler*innen intensiv mit der Arbeit des Schul- und Bildungsausschusses befasst und seine Bedeutung und Aufgabenbereiche kennengelernt. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden jeweils vor den Sitzungen mit den Schülervertreter*innen im Ausschuss besprochen. Die teilnehmenden Schüler*innen waren in der Ausschusssitzung anwesend und haben die Schüler*innenvertreter*innen durch ihre Präsenz unterstützt.

Außerdem hatten die Schüler*innen aus allen Klassen die Möglichkeit genutzt, sich eigene Ideen für Anträge im Bereich Schule und Bildung einzubringen, wie z.B.:

- gemischter Unterricht von SPRINT und "normalen" Klassen (an berufsbildenden Schulen)
- In Mensen soll es ein größeres Angebot geben mit mehr Mahlzeiten, die halal sind.
- mehr Sportutensilien für den Sportunterricht an städtischen Schulen
- besser ausgebaute Radwege in der Umgebung von Schulen
- Kiosk in der Außenstelle der Wilhelm-Raabe-Schule
- Es sollen weniger White-Boards an Schulen genutzt werden, da Kreidetafeln weniger umweltschädlich sind.

Auswertung

Zwischen dem ersten und dem zweiten Durchlauf gab es mit Politik zum Anfassen e.V. und der Verwaltung ein Auswertungsgespräch, in dem über den Verlauf des Projektes berichtet wurde.

Die jeweiligen Projektlehrer*innen berichteten Politik zum Anfassen e.V., dass die Schüler*innen die Veranstaltungen sehr interessant fanden. Mit vielfältigen Materialien und Methoden konnten die Schüler*innen viel Neues aus dem Themenfeld „Kommunalpolitik“ erlernen. Das Projekt ermöglichte den Schüler*innen eine willkommene Abwechslung zu schulischen Lernformaten. Sie beteiligten sich sehr intensiv an Diskussionen. Durch ihre aktive Beteiligung konnten sie die Erfahrung machen, dass ihre Meinung zählt und sie mitreden können.

Die Stadtschülervertreter*innen im Ausschuss meldeten an Politik zum Anfassen e.V. zurück, dass die Ideen und Anregungen der Schüler*innen ihnen ebenfalls bei ihrer Arbeit hilfreich seien. Anträge aus anderen Perspektiven zu betrachten, fielen ihnen dadurch leichter und sie könnten sich besser im Schul- und Bildungsausschuss einbringen. Das Ziel, die beiden Schüler*innenvertreter*innen im Ausschuss von aktiven Schüler*innen zu unterstützen und sich von diesen im Beratungsprozess begleiten zu lassen, wurde erreicht. Aber auch das Ziel, die Schüler*innen der teilnehmenden Schulklassen durchgehend von unterschiedlichen Ausschussvertreter*innen und thematischen Expert*innen beraten und begleiten zu lassen, wurde erreicht.

Die Verwaltung bewertet das Projekt „ASchubi500“ als ein gelungenes Format der politischen Bildung, Demokratieerziehung und auch politischer Beteiligung, denn

- die Beteiligung von Schüler*innen und Schülervertreter*innen am kommunalpolitischen Themen wurde intensiviert und erlebbar gemacht,
- die Kommunikation zwischen Schüler*innen, Schülervertreter*innen und Politiker*innen wurde gefördert,
- das Interesse für kommunalpolitische Themen bei jungen Menschen konnte geweckt werden,
- das Ziel, die beiden Plätze der Schüler*innenvertretungen zu besetzen und diese bei ihren Beratungen von anderen aktiven Schüler*innen unterstützen zu lassen, konnte erreicht werden.

Demnach spricht sich die Fachverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt für die Beibehaltung und Fortführung des Projektes „ASchubi500“ aus. Demokratieerziehung und -bildung sind nie abgeschlossen, und so sollen auch neue Jahrgänge von dem Projekt profitieren können. Zudem zeigt sich, dass das geschaffene Unterstützungssystem für die Schüler*innenvertretungen im Schul- und Bildungsausschuss sehr praktikabel und zielführend ist. Diese Möglichkeit des Mitbestimmungsrechts und der Beteiligung soll demnach auch zukünftig gefördert und gestärkt werden.

Planungen

Das Projekt „ASchubi500“ wird im November 2019 fortgesetzt. Pro Schulhalbjahr sollen fünf Ausschusssitzungen durch den Verein Politik zum Anfassen mit Schüler*innen aus unterschiedlichen Schulen vorbereitet und begleitet werden. Von Seiten der Fachverwaltung wird das Projekt zukünftig vom Fachbereich OE 40 Schule begleitet.

Im Herbst 2019 wird ein neuer Stadtschüler*innenrat gewählt. Geplant ist, dass die Fachverwaltung OE 51.5 im Rahmen des Themas „Jugend lebt Stadt“ Kontakt aufnehmen wird, um zum einen Unterstützung anzubieten und zum anderen Themen sowie geplante Vorhaben zu verknüpfen.

51.5

Hannover / 15.10.2019